

DK 21.9.19



Pilotprojekt: Ingolstädter Schulen regeln Handynutzung selbst Seite 28



Interview des Monats: Regina Halmich über ihre Box-Karriere Seite 41

Kabinett legt Klimaschutzplan vor

CO₂-Preis als zentrales Element – Weltweite „Fridays for Future“-Demonstrationen



Stimmungsvoller Protest: Alleine in Ingolstadt haben am Freitag weit über 1000 Menschen für einen Wandel in der Klimapolitik demonstriert. Foto: Hammer

Berlin (DK/dpa) Höhere Preise beim Tanken und Heizen, im Gegenzug Entlastungen und Anreize: Für mehr Klimaschutz kommen auf Bürger und Firmen in Deutschland weitreichende Änderungen zu. Auch unter dem Druck erneuter Klimaproteste einigten sich die Spitzen der großen Koalition am Freitag auf ein milliardenschweres Paket. Damit soll die Bundesrepublik ihre verbindlichen Klimaziele für 2030 verlässlich erreichen.

Als zentrales Element soll das klimaschädliche Kohlendioxid (CO₂) einen Preis bekommen. Die nötigen Gesetzesänderungen soll das Bundeskabinett noch heuer beschließen. Der CO₂-Preis im Verkehr und bei der Wärmeerzeugung soll einen Schub für klimafreundliche Antriebe und Heizungen auslösen. Starten soll die Bepreisung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas 2021 mit einem Betrag von 10 Euro pro Tonne CO₂. Bis 2025 soll dieser Festpreis schrittweise auf 35 Euro steigen.

Danach soll sich der Preis der Verschmutzungsrechte über einen Handel bilden und innerhalb eines Korridors von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Folge ist aber, dass es beim Tanken und Heizen teurer wird. Experten gehen davon aus, dass ein CO₂-Preis von 35 Euro pro Tonne zum Beispiel Diesel um mehr als 9 Cent verteuert.

Das Klimakabinett soll jedes Jahr eine Zwischenbilanz ziehen und dafür sorgen, dass nachgesteuert wird. Ziel ist es, den Treibhausgasausstoß Deutschlands bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken – von aktuell rund 866 Millionen auf 563 Millionen Tonnen jährlich. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach am Freitag von einem „Paradigmenwechsel“. Und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, die Koalitionspläne sicherten Arbeitsplätze und eröffneten Chancen, die deutsche Wirtschaft zu modernisieren. Bis ins Jahr 2023 seien Investitionen von insgesamt mehr als 54

Milliarden Euro vorgesehen. Alle Zusatzeinnahmen sollen in Klimaschutzmaßnahmen oder die Entlastung der Bürger fließen.

Von Umweltschützern, der Opposition und auch aus der Wirtschaft kam am Freitag umgehend Kritik an den Plänen. „Eine historische Chance wurde völlig vergeigt. Union und SPD haben ein Sammelsurium an Maßnahmen vorgelegt, die absolut unambitioniert sind“, sagte Grünen-Politiker Jürgen Trittin im Interview mit unserer Zeitung. „Auch nach monatelangen Verhandlungen liefert Kanzlerin Merkel lediglich ein Bündel Eckpunkte und Maßnahmen, das meilenweit hinter den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zurückbleibt“, sagte auch Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser.

Parallel zur Vorstellung des Klimaplans gab es am Regierungsviertel und in weiteren Städten Protestaktionen. Insgesamt gingen in

Deutschland nach Angaben der Aktivisten 1,4 Millionen Menschen auf die Straße. Auch in vielen anderen Ländern weltweit folgten Hunderttausende einem globalen Aufruf der Jugendbewegung „Fridays for Future“. Seite 2, 3, 4, 9 und 26

ANZEIGE

LANDESGARTENSCHAU
INGOLSTADT 2020

**BAU-
STELLEN-
FEST**

22.9.2019 | AB 10 UHR
FEIERN SIE MIT!

INGOLSTADT2020.DE